



Die Sicherheit unserer Kinder verbessern – durch psychologische Arbeit als Geschäftsführerin

Martina Abel

Veröffentlicht in:

**„Psychologische Berufsfelder zur Förderung von Gesundheit –
Neue Chancen entdecken“**

**herausgegeben von Maximilian Rieländer und Julia Scharnhorst,
im Deutschen Psychologen Verlag Bonn 2005**

Die Bundesarbeitsgemeinschaft (BAG) „Mehr Sicherheit für Kinder“ e. V. ist ein Dachverband zur Verhütung von Kinderunfällen in Heim und Freizeit. Die Geschäftsführerin des Verbandes stellt als Diplom-Psychologin ihre interdisziplinäre Arbeit dar.

Sie erläutert fachliche Hintergründe zur Kinderunfallprävention und gibt einen Überblick über Arbeitsschwerpunkte und Struktur der genannten Bundesarbeitsgemeinschaft. Die mit der Geschäftsführung verbundenen Aufgaben werden unter der Perspektive beleuchtet, inwieweit hierfür eine psychologische Ausbildung förderlich ist und welche Schlüsselqualifikationen im beruflichen Alltag gefragt sind.

Gliederung

1. Die Bundesarbeitsgemeinschaft „Mehr Sicherheit für Kinder“

2. Daten und Fakten zu Kinderunfällen

- 2.1 Kinderunfallprävention – eine gesundheitspolitische Verpflichtung und Chance
- 2.2 Präventionsansätze

3. Gesundheitsfördernde Umgebung und sichere Produkte

4. Verbandsarbeit und Aufgaben der Geschäftsführung

- 4.1 Aufgaben der BAG als Verband
- 4.2 Aufgaben der Geschäftsführung
- 4.3 Geschäftsführung und psychologische Qualifikation

1. Die Bundesarbeitsgemeinschaft „Mehr Sicherheit für Kinder“

Auf Initiative des Bundesministeriums für Gesundheit schlossen sich 1997 Hauptakteure aus dem Bereich der Unfallprävention zur Bundesarbeitsgemeinschaft (BAG) Kindersicherheit zusammen. Mit dieser BAG entstand unter dem Dach der Bundesvereinigung für Gesundheit e. V. ein Aktionsforum für alle engagierten Institutionen, Organisationen, Arbeitskreise und Personen. Die finanzielle Basis für Aufbau und Etablierung dieses Bündnisses und für die Durchführung von öffentlichen Aktionen bildeten Projektfördermittel des Bundesministeriums für Gesundheit und eine Großspende des Düsseldorfer Unternehmens Johnson & Johnson.

Die BAG bildete eine Plattform

- zum Informations- und Erfahrungsaustausch,
- zur Kooperation und Abstimmung von Maßnahmen,
- zur Initiierung und Erprobung von Maßnahmen,
- zur Ressourcenbündelung und -beschaffung und
- zur Qualitätsverbesserung bei der Planung und Durchführung von Maßnahmen.

Bis Mitte 2002 waren 34 Institutionen durch die Unterzeichnung der „Bonner Erklärung zur Kindersicherheit“ der BAG Kindersicherheit beigetreten. Da die BAG jedoch als freies Kooperationsbündnis keine rechtsfähige Struktur hatte, beschlossen die beteiligten Partner die Weiterentwicklung der BAG zu einem gemeinnützigen Verein. So kam es zur Gründung des Vereins „Bundesarbeitsgemeinschaft Mehr Sicherheit für Kinder e. V.“ am 3. Dezember 2002 in Bonn. Die Liste der Gründungsmitglieder spiegelt die breite Palette an Aufgaben und Handlungsmöglichkeiten des neuen Vereins wider: ärztliche Gesellschaften und Verbände, Rettungsorganisationen, Verkehrserzieher, technische Dienstleister, Organisationen der Gesundheitsförderung sowie Vereinigungen der Kinderhilfe.

Die Ziele des Vereins sind:

- Förderung des öffentlichen Interesses für Probleme und Aufgaben der Unfallverhütung,
- Koordinierung und Vernetzung von Initiativen und Projekten, die sich mit der Verhütung von Unfällen bei Kindern und Jugendlichen befassen,
- Erfahrungsaustausch und Zusammenarbeit zwischen Einrichtungen, Organisationen, Initiativen und Projekten auf nationaler und internationaler Ebene,
- Durchführung von Aktionen und Maßnahmen zur Verbesserung der Kindersicherheit.

Die BAG beobachtet die wissenschaftliche Entwicklung im Bereich Kinderunfälle, analysiert und bewertet wissenschaftliche Ergebnisse, stellt Daten zusammen und leitet daraus Prioritäten für Ihre Konzepte und Handlungen ab. Sie ist bestrebt, ihre Projekte zu evaluieren und methodische Standards weiter zu entwickeln.

2. Daten und Fakten zu Kinderunfällen

Unfälle sind für Kinder nach dem ersten Lebensjahr das Gesundheitsrisiko Nummer eins. Zwar ist die Unfallsterblichkeit in den letzten 10 Jahren um mehr als die Hälfte zurückgegangen – nach Daten des Statistischen Bundesamtes 2000 auf 4,1 tödlich verletzte Kinder pro 100.000 Kinder –; aber immer noch sterben mehr Kinder an Unfällen als an Infektionskrankheiten und Krebs zusammen: 532 Kinder unter 15 Jahren verunglückten im Jahr 2000 tödlich, davon 260 durch Verkehrsunfälle, 89 durch Ertrinken und 28 durch Verbrennungen.

Die Zahl der verletzten Kinder, die infolge eines Unfalls ärztlich behandelt werden müssen, ist enorm hoch: Nach den Ergebnissen einer repräsentativen Studie der Bundesanstalt für Arbeitsschutz und Arbeitsmedizin hatten im Jahr 2000 hochgerechnet 1,8 Mio. Kinder unter 15 Jahren einen behandlungsbedürftigen bzw. schwer beeinträchtigenden Unfall. Das sind fast 15 % der 12,8 Mio. Kinder in Deutschland. Dabei entfielen auf den Verkehr 220.000 Unfälle, auf den schulischen Bereich ca. 1 Mio.

und auf Heim und Freizeit 571.000 Unfälle. 47 % aller verletzten Kinder sind unter sechs Jahre alt, 58 % der betroffenen Kinder sind Jungen.

Die Unfallarten, die am häufigsten vorkommen, sind:

- Stürze (47 % aller Unfälle)
- Zusammenstöße (26 %)
- Schnittverletzungen (15 %)
- Verbrennungen/Verbrühungen (5 %)

Mehr als 236.000 Kinder unter 15 Jahren mussten 1999 wegen einer Unfallverletzung im Krankenhaus behandelt werden.

Diese Zahlen sind alarmierend und bedrückend – insbesondere, wenn wir uns vor Augen führen, dass ein Großteil dieser Unfälle hätte verhindert werden können. Nach den Ergebnissen internationaler Studien sind bis zu 60 % aller Kinderunfälle vermeidbar.

2.1 Kinderunfallprävention – eine gesundheitspolitische Verpflichtung und Chance

Obwohl Unfälle somit also zu den größten Gesundheitsgefahren für Kindern gehören und gute Chancen bestehen, die Zahl der Unfälle zu reduzieren, sind sie im öffentlichen Bewusstsein und auch in den politischen Diskussionen um die Stärkung der Prävention nur wenig präsent.

Ein Grund hierfür mag sein, dass ein Unfall in der Öffentlichkeit als „Pech“, als „Schicksalsschlag“ oder „Zufall“ angesehen wird und nicht als Gesundheitsproblem, für das es – wie auch bei anderen Erkrankungen – klar bestimmbare Risiken gibt. Bekannte Faktoren wie technische Mängel, Umgebungseinflüsse, riskante Verhaltensweisen, soziale Merkmale, bestimmte psychische Faktoren erhöhen die Wahrscheinlichkeit, einen Unfall zu erleiden. Viele Unfälle sind durch verbessertes Wissen, durch die Verwendung von Sicherheitsartikeln und den Einsatz von Schutzausrüstungen und nicht zuletzt durch kinderfreundliche, sozial gerechte Lebensbedingungen vermeidbar!

Damit diese Präventionsmöglichkeiten besser genutzt werden, muss die Prävention von Kinderunfällen als Gesundheitsziel oben auf der politischen Agenda stehen. Dies ist in einigen Bundesländern durch Öffentlichkeits- und politische Lobbyarbeit erreicht worden, aber leider nicht auf Bundesebene.

2.2 Präventionsansätze

Was kann nun jeder von uns – als Mutter oder Vater, als Psychologe, Gesundheitsexperte, Pädagoge oder Ingenieur – zur Verhütung von Kinderunfällen beitragen?

Folgende Übersicht zeigt die unterschiedlichen Handlungsfelder:

- **Education** – Erziehung:
 - Verbieten
 - Erklären
 - Experimentieren
 - „Lernen am Modell“
- **Engeneering** – technische Sicherheit verbessern:
 - Produkte
 - Wohnumfeld
 - Schutzausrüstung
 - Sicherheitsartikel
- **Enforcement** – Gesetzgebung:
 - gesetzliche Maßnahmen
 - Normen
 - Vorschriften
 - Kontrolle
 - Strafe

Schutz und Sicherheitserziehung durch die Eltern müssen vom Alter und Entwicklungsstand des Kindes ausgehen. Je jünger das Kind, umso wichtiger sind eine adäquate Aufsicht und die „passive Sicherheit“ durch Sicherheitsprodukte und eine sichere Umgebung. Mit zunehmendem Alter können Eltern das Kind zu „aktiver Sicherheit“ hinführen, d. h. es zu sicherheitsbewusstem Verhalten anleiten, wie z.B. den richtigen Umgang mit gefährlichen Gegenständen oder Situationen. Ziel der Sicherheitserziehung ist es, das Kind zu sensibilisieren, aufzuklären und zu verantwortlichem, vorsichtigem und umsichtigem Handeln zu befähigen.

Die folgenden Verhaltensweisen sind Beispiele für typische Phasen in der Sicherheitserziehung:

- Aufsicht (Hand am Kind beim Wickeln)
- Einfache Verbote („heiß!“, „nein!“)
- Erklären und auf die Gefahr aufmerksam machen (Messer = scharf)
- altersgemäß beteiligen (kochen, heimwerken)
- zum Tragen von Schutzausrüstung anhalten/überzeugen (Helm, Knie Schoner)
- Hinführen zu sicherheitsbewusstem Verhalten (Wissen, Soziales)
- Einstellung bilden: low risk – more fun

In mehr als 60 % aller Kinderunfälle spielen psychische oder verhaltensbezogene Faktoren eine Rolle – der Aufsichtspersonen und/oder der betroffenen Kinder.

Neben Alter und Entwicklungsstand sind auch psychosoziale Faktoren und Persönlichkeitsmerkmale des Kindes (wie auch der Eltern) für das individuelle Risiko, einen Unfall zu erleiden, von Bedeutung. Das Konzept der so genannten „Unfallkinder“ greift jedoch zu kurz: Das Unfallrisiko ist nicht allein an einzelnen Diagnosen (wie HKS oder ADS) festzumachen. Denn beim Unfall handelt es sich um ein komplexes Wirkungsgefüge. Dennoch gibt es nachweislich Bedingungen, die die Wahrscheinlichkeit zu verunfallen erhöhen:

- Zum Beispiel ist das Unfallrisiko bei Kindern aus sozial benachteiligten Familien um das Zweibis Dreifache erhöht.
- Kinder, die unruhig und impulsiv sind oder eine Störung des Sozialverhaltens aufweisen, sind besonders häufig von Unfällen betroffen.
- Auch wenn Eltern ihre Selbstwirksamkeit gering einschätzen oder unter depressiven Störungen leiden, sind ihre Kinder stärker gefährdet.

Antworten auf die Frage nach unfallbegünstigenden Faktoren wie auch nach salutogenen Faktoren könnten Maßnahmen in diesem Bereich gezielter ansetzen lassen. Hier gibt es noch einen großen Forschungsbedarf.

Die Erforschung der entwicklungspsychologischen Grundlagen kann für die präventive Arbeit ebenfalls wertvolle Aufschlüsse geben:

- Wie entsteht ein „Gefahrenbewusstsein“?
- Welche Lernerfahrungen sind nötig?
- Auch für Interventionsstudien besteht in Deutschland noch ein großer Bedarf:
- Was wirkt in der Unfallprävention?
- Was sind die effektivsten Interventionen?
- Wie groß ist die Nachhaltigkeit von Einstellungs- oder Verhaltensänderungen?

3. Gesundheitsfördernde Umgebung und sichere Produkte

Auch Umgebungsfaktoren sind von hoher Bedeutung für das Unfallrisiko. Im Zusammenhang mit Kinderunfällen bedeutet eine gesundheitsfördernde Umwelt:

- ein wenig verkehrsbelastetes Umfeld,
- ausreichender und gefahrenarmer Wohnraum sowie
- Bewegungsräume in der Umgebung.

Kinder brauchen Orte, die Bewegungsmöglichkeiten bereitstellen, Bewegungsfreude wecken, zum phantasievollen Spielen motivieren und zum Ausprobieren anregen. So werden die Entwicklung der koordinativen Fähigkeiten sowie die Sinnes- und Selbstwahrnehmung gefördert. Denn die Sicherheit der Kinder hängt von ihren motorischen Fähigkeiten, von ihrer Selbstwahrnehmung und der Entwicklung ihres Gefahrenbewusstseins ab – hierfür bilden Bewegungserfahrungen eine wichtige Voraussetzung.

Eltern und Betreuungspersonen können durch sicherheitsbewusstes Verhalten viel zum Schutz vor Unfällen beitragen. Manche Dinge sollten, wenn Kinder mit im Haushalt leben oder sich in der Nähe aufhalten, selbstverständlich werden. Bewährte Sicherheitsartikel, wie z.B. Rauchmelder oder Fensterriegel, sollten in keinem Haushalt fehlen. Gefährliche Gegenstände oder Chemikalien sollten an unzugänglichen Stellen aufbewahrt werden. Weiterhin sollten nur sicherheitsgeprüfte Spiel- und Haushaltsgeräte (GS-Zeichen) eingesetzt werden. Leider sind diese einfachen Regeln für viele Erwachsene noch nicht zur Gewohnheit geworden, und immer noch tut Aufklärung Not.

Was Menschen, die mit Kindern leben oder sie betreuen, in ihrer unmittelbaren Lebenswelt tun können, z. B. Wohnung, Garten, Kindergarten, macht die BAG bekannt:

- durch personale Kommunikation (Elterngespräche, Beratung von Endverbrauchern und Experten),
- durch Pressearbeit,
- durch Informationsmaterialien mit Sicherheitshinweisen und Tipps,
- durch ihre Homepage www.kindersicherheit.de mit laufend aktualisierten Informationen und Anregungen rund um das Thema Unfallverhütung.

4. Verbandsarbeit und Aufgaben der Geschäftsführung

4.1 Aufgaben der BAG als Verband

Die Vernachlässigung der Thematik „Kinderunfälle“ in der gesundheitspolitischen Diskussion resultiert auch daraus, dass es für Folgekosten von Unfällen und für deren Prävention verschiedene Organisationen und gesplittete Zuständigkeiten gibt:

- Die Prävention von Unfällen im Straßenverkehr übernimmt eine Vielzahl von Institutionen, die u.a. mit Mitteln des Bundesministeriums für Verkehr gefördert werden und sich im Deutschen Verkehrssicherheitsrat zusammengeschlossen haben. Die Kosten für die Behandlung von Verletzungen und sonstige Folgekosten tragen die Kfz-Versicherer.
- Die Verhütung von Unfällen in Kindergarten und Schule und die Finanzierung der Verletzungskosten sind Aufgaben der Schülerunfallversicherung und – ähnlich wie die Arbeitsunfälle durch die Berufsgenossenschaften – über die örtlichen Unfallversicherungsträger abgedeckt.

Für die Kinderunfälle in Heim und Freizeit gab es lange Zeit keine zuständige Instanz. Diese Lücke versucht die BAG zu schließen.

Häusliche Unfälle und Freizeitunfälle machen ein Drittel aller Unfälle aus. In der öffentlichen Wahrnehmung spielen sie aber keine große Rolle: Wenn überhaupt, werden Verkehrsunfälle als Problem thematisiert. Für die Verkehrsunfälle hat die Prävention durch Verkehrserziehung, gesetzliche Regelungen wie Anschnallpflicht oder Tempo 30 viel erreicht; die Zahl der Verkehrsunfälle war in der Bundesrepublik im Jahr 2003 niedriger denn je – trotz wachsender Verkehrsdichte. Die Zahl der Heim- und Freizeitunfälle ist in den letzten zehn Jahren bei Kindern aber weitgehend konstant geblieben. Ein Grund hierfür ist, dass der häusliche Bereich nicht öffentlich, weniger zugänglich, das „Private“ nicht durch Gesetze regelbar und kaum kontrollierbar ist.

Auch der Umgang mit häuslichen Unfällen unterscheidet sich: Es ist nicht üblich – anders als bei Verkehrsunfällen – über Kinderunfälle zu Hause oder in der Freizeit zu sprechen. Bei dieser Tabuisierung spielen auch Schuldgefühle eine Rolle.

Die BAG hat sich zum Ziel gesetzt, dass das Thema „Kinderunfälle in Heim und Freizeit“ mit höherer Priorität, mehr Sensibilität und mehr Aufmerksamkeit behandelt wird. Sie macht Politiker, Verbandsvertreter und Wirtschaftsunternehmen auf das hohe präventive Potenzial und die Verpflichtung zu dessen Nutzung aufmerksam. Um dieses auszuschöpfen, wäre ein umfassendes nationales Präventionsprogramm einschließlich einer angemessenen finanziellen Grundlage erforderlich.

Als Verband setzt sich die BAG auf vielen Ebenen für die genannten Ziele ein. Ihre Struktur als Dach für Organisationen und Initiativen unterschiedlichster Fachrichtungen ermöglicht Kooperationen in breiter und vielfältiger Form. Dabei setzt sie auf „Private-Public Partnership“: Da die öffentliche Hand nur in geringem Umfang Mittel für die Prävention von Kinderunfällen bereitstellt, sind mittels Fundraising andere Geldquellen, z. B. Spenden oder Sponsoring von Projekten, zu erschließen.

4.2 Aufgaben der Geschäftsführung

Die Verbandsaufgaben finden in den Aufgaben der Geschäftsführung ihre Entsprechung. Die folgende Auflistung zeigt die wichtigsten Felder auf einen Blick:

- Existenzsicherung für die BAG
 - Mitglieder und Spender anwerben
 - Fundraising
 - weitere Einnahmequellen erschließen
- Arbeitsorganisation, Arbeitseffektivität, Teambildung
- Markenentwicklung für die BAG
 - Corporate Identity bilden
 - Strategien entwickeln (Markenführung)
 - Trends erkennen und bedienen (neue Geschäftsfelder, innovative Projekte)
- Profilierung als Dachorganisation/Verband
- Verbandsarbeit – Interne Kommunikation
 - Informationsweitergabe
 - Mitgliederservice
 - Gremienarbeit (Vorstand/Vereinsrat, Arbeitsgruppen, Mitgliederversammlung)
- Public Relations für Kinderunfallprävention in Heim und Freizeit
- Servicestelle
 - für Endverbraucher (Kinder, Eltern, Betreuungspersonen)
 - für Multiplikatoren
- Projektbüro
 - Kindersicherheitstag
 - Wettbewerbe
- Regionalisierung (Wirkung in die Fläche)
- Politikberatung
- Wissenschaftliche Arbeit

4.3 Geschäftsführung und psychologische Qualifikation

Die Geschäftsführung dieses Verbandes wird sich nur unwesentlich von Leitungsfunktionen in anderen Verbänden oder Non-Profit-Organisationen unterscheiden. Derartige Funktionen werden heute von Akademikern unterschiedlicher fachlicher Herkunft wahrgenommen: Juristen, Sozialwissenschaftler, Pädagogen und ebenso Psychologen zählen zu den häufigsten im Social Management vertretenen Berufsgruppen. Dass Psychologen gut für eine derartige Aufgabe qualifiziert sind, kann die Autorin aus eigener Erfahrung behaupten, ebenso auch durch den Kontakt mit Kollegen, die „fest im Sattel sitzen“.

Die psychologische Ausbildung ist deshalb hilfreich, weil man gelernt hat, konzeptionell zu arbeiten, systemisch zu denken sowie flexibel und differenziert vorzugehen. Dass man mit unterschiedlichsten Gruppensituationen und Systemen Erfahrungen gemacht hat, Gesprächsführung und Organisationsberatung professionell entwickelt hat, führt ebenfalls weiter.

Darüber hinaus ist für die hier beschriebene Kinderunfallprävention auch psychologisches Grundlagenwissen gefragt, zum Beispiel:

- Methoden der empirischen Sozialforschung
- Entwicklungspsychologie: kindliche Entwicklung der Wahrnehmung, der Motorik, des Gefahrenbewusstseins
- Gesundheitspsychologie: Verhaltensprävention, Verhältnisprävention, Salutogenese, Empowerment
- Marktpsychologie: Wirkungsforschung, Marketing, PR
- Organisationspsychologie: Strukturbildungsprozesse, systemischer Ansatz, Projektmanagement

Ein interdisziplinäres Verständnis als Social Manager und die Identität als Diplom-PsychologIn müssen in einem ausgewogenen Verhältnis stehen. Dies ist zeitweise nicht einfach: Die Tendenz, auf seiner „besonderen“ Herkunft zu insistieren nach dem Motto: „Ich als Psychologin muss dies schließlich (besonders gut) wissen“, statt mit Fachlichkeit und Kongruenz zu überzeugen, ist ein Grund, warum PsychologInnen im interdisziplinären Kontext manchmal mit Skepsis begegnet wird. Aber es ist auch nicht angezeigt, den eigenen Grundberuf als Psychologin zu verstecken oder sich dafür zu entschuldigen, dass man „psychologisiert“ und auf das komplexe Wirkungsgefüge menschlichen Verhaltens und Erlebens Bezug nimmt. Selbstbewusstsein ohne Arroganz, ein klares Rollenverständnis als Geschäftsführer und die respektvolle Würdigung des Know-hows anderer Fachdisziplinen sind gefragt.

Schließlich gilt es, zur erlernten psychologischen Berufsausbildung Neues hinzuzulernen, vom Wissen anderer Professionen zu profitieren und in Teamarbeit aus jedem das Beste herauszuholen.